



Elbe-Tag 2022 in Torgau

AUS DEM INHALT

VERBANDSARBEIT – RELIGION UND KIRCHENKRITIK

- Aus dem Landesverband Nord

AUS DEN REGIONEN NORDDEUTSCHLANDS

- 27. Nordkonferenz

POLITIK UND KULTUR

- Der Krieg in der Ukraine
- Gesundheit
- Korea

Verbandsarbeit, Religion und Kirchenkritik

Aus dem Landesverband Nord

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des DFV-Nord,

am 21. Mai hat sich der Vorstand getroffen und den 9. Oktober als Termin für die nächste Landeskonferenz beschlossen. Wichtigster Punkt wird die Neuwahl eines Kassenswartes und zweier weiterer Vorstandsmitglieder sein, die bedauerlicherweise ihre Ämter nicht weiter ausüben wollen – vor allem wegen unterschiedlicher Meinungen zur Corona-Pandemie im weitesten Sinne.

Ich hoffe sehr, dass wir auf unserer Mitgliederversammlung neben den notwendigen Neuwahlen und Formalitäten ausreichend Raum und Zeit für einen sachlichen und respektvollen Austausch finden, der unser gegenseitiges Verständnis und unseren Zusammenhalt stärkt, selbst bei unterschiedlichen politischen Meinungen. Wie auch immer wir zu Putins „besonderer militärischer Operation“ stehen mögen, die um sich greifende Russenhetze lehnen wir auf jeden Fall ab; deshalb bringen wir mit ihrer freundlichen Erlaubnis die Rede von Liane Kilinc am 9. Mai in Berlin-Treptow und den Bericht aus Bremen über eine Aktion des Bremer Vereins „Deutsch-russische Friedenstag“: Ganz in diesem Sinne schreibt Sven Alisch „Gerade in Zeiten wie diesen gilt: In Kontakt bleiben.“

Da das neue Freidenkerheft Nr. 1 April 2022 die Ukrainefrage ausführlich behandelt, haben wir zu diesem Thema nur den

Aufruf des US-amerikanischen Friedensrates abgedruckt, weil er in einem bedenkenswerten Punkt von den meisten hiesigen Aufrufen aus der Friedensbewegung abweicht.

Nach einigen Rückblicken und Gedanken zur Pandemie und dem Umgang damit folgt noch ein Artikel über Nordkorea. Er wird unseren Blick mal wieder über den europäischen Tellerand hinaus lenken – schließlich ist Europa nur ein kleiner Teil der Welt. Er erinnert mich an Luise Riners Bücher über Korea aus den achtziger Jahren, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Zudem freue ich mich natürlich, mit Christian Wagner einen jungen Autor für unseren Rundbrief zu gewinnen.

Die einzelnen Beiträge spiegeln – wie immer – nicht die Meinungen des Verbandes oder seines Vorstandes wider, die wie gesagt sehr unterschiedlich sind, sondern die der jeweiligen Autorinnen und Autoren.

Am Wochenende 11.–13.11.22 veranstalten wir in Heideruh ein Seminar mit Uwe Behrens zum Thema China. Wir hoffen, dass es in altgewohnter Weise ablaufen kann.

Mit herzlichen Grüßen
Toni Brinkmann

Aus den Regionen Norddeutschlands

27. Nordkonferenz

Nach zwei Jahren Corona-bedingter Pause fand diese vom 11.–13. März in Heideruh statt. Da vor Ort nur 15 Teilnehmer zugelassen waren, fuhr aus Bremen nur Jürgen Karbe und ich am 12. hin. Digital waren knapp 10 Kameradinnen und Kameraden zugeschaltet. Heinz Büscher holte uns in tollem neuem Bulli vom Bahnhof Buchholz ab und brachte uns abends wieder dorthin. Die Anschaffung war dringend, weil der kürzliche Sturm beide Autos von Heideruh geschrottet hatte. Heideruh freut sich auf weitere Spenden.

Ebenfalls digital waren die ersten beiden Referentinnen dabei: Beate Küppers, Professorin für Sozial-Psychologie an der Hochschule Niederrhein und an den sogenannten Mittelstudien beteiligt, zum Thema „Antisemitismus – Ergebnis der Friedrich-Ebert-Stiftung“; und Anne Goldenbogen, selbständige Politologin und Aktivistin aus Berlin-Kreuzberg zum Thema „Antisemitismus“: Nach gründlichen, differenzierten Vorträgen war die Zeit für Diskussion, wie schon oft, etwas knapp. Besonderen Fokus legten wir auf die leider zunehmenden öffentlichen Raum-Verweigerungen für Israel-Kritiker. Aber auch die eigene Haltung muß immer wieder hinterfragt werden: Beispielsweise schließen wir bei Veranstaltungen an Sonnabenden automatisch Juden aus (Schabbat).

1. Thema am Nachmittag war „Anti-Ziganismus“ Referen-

tin „in echt“ war unsere Bundesvorsitzende Cornelia Kerth, Soziologin und Ethnologin. Da sie hauptberuflich seit 10 Jahren für den Hamburger Sinti-Verein arbeitet, konnte sie ihre gründlichen Ausführungen durch etliche empörenden Beispiele veranschaulichen.

2. Thema: Krieg. Nach einer kurzen Einführung von Bernd Meimberg, Schleswig-Holstein und „seit ewig“ Vertreter der VVN/BdA im Kasseler Friedensratschlag, diskutierten wir, teilweise kontrovers und dadurch lebendig. Einig waren wir aber durchgehend in der Ablehnung jedweden Krieges und der horrenden Aufrüstung der Bundesregierung (100 Milliarden plus über 2 % des Bundeshaushalts für die Bundeswehr). Erfreulich, dass laut eines von Mecki Hartung (Wolfsburg) eingebrachten Aufrufs in diesen Punkten auch der DGB klare Kante zeigt.

Abends sahen wir den Film „Vier gegen Hitler“ über eine Widerstandsgruppe von Hamburger Jugendlichen um Helmut Hübener, der 1943 hingerichtet wurde.

Am obligatorischen Austausch zwischen den VVN-Landesverbänden Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern am Sonntagmorgen konnten wir leider nicht mehr teilnehmen.

Hartmut Stinton

Politik und Kultur

Elbe-Tag 2022 in Torgau



Torgau 2022: Blumen und Kränze an der Gedenkstätte
Fotos: RS



Ein ausführlicher Bericht von Klaus Hartmann ist auf der WebSite des Deutschen Freidenkerverbandes zu finden: www.freidenker.org/?s=Elbe-Tag+in+Torgau+2022

„Am 25. April 1945 trafen sich Soldaten der 69. Division der US-Infanterie und der 58. Division der Sowjetarmee in Torgau, einer sächsischen Stadt südlich von Berlin, und gaben sich auf der zerstörten Elbbrücke die Hand. Der berühmte Händedruck von William Robertson und Alexander Silwaschko ist zum Symbol für einen entscheidenden Schritt zum Ende des Zweiten Weltkriegs geworden.“ (von der WebSite des Generalkonsulats Leipzig der Russischen Föderation)

Zwar wurde dieses Jahr in einigen Medien verbreitet, dass das Gedenken ausfallen werde, doch fanden sowohl die Demonstration am 23. als auch die Kranzniederlegung am 25. April unter großer Beteiligung statt. Auch der DFV hatte dazu aufgerufen und war mit Freidenkerfahnen, dem großen Transparent „Frieden mit Russland statt weiter in den dritten Weltkrieg“; Gesang (Ernst Schwarz und Hartmut König) und Blumengebinde sichtbar dabei.

Erklärung des US-Friedensrates zur Militärintervention Russlands in der Ukraine

Was wir alle nicht gehofft hatten, ist eingetreten. Die Russische Föderation hat am 24. Februar Truppen in die Ukraine entsandt, als Reaktion auf die jahrzehntelange unerbittliche US-geführte NATO-Provokation. Die gegenwärtige Situation stellt die globale Friedensbewegung vor viele ernsthafte, grundlegende Fragen.

Eine heftige Propagandakampagne, die seit langem mit Russiagate und dem Beginn eines neuen Kalten Krieges brodelte, hat die Dämonisierung des russischen Präsidenten und des Staates intensiviert. Die pauschale Verurteilung Russlands hat globale Ausmaße angenommen, angestiftet von den USA und ihren Verbündeten und unterstützt von ihren kriecherischen Medien. Alternative Ansichten und Stimmen der Opposition zum offiziellen antirussischen Narrativ wurden unterdrückt oder abgeschaltet.

Es überrascht nicht, dass viele Menschen, die diesem giftigen Bombardement massiver imperialistischer Propaganda ausgesetzt sind, die ganze Schuld auf die russische Aggression schieben. Verschiedene Gründe werden angeführt, um ihre aus unserer Sicht gefährliche Position zu rechtfertigen. Sehen wir uns einige dieser Begründungen an und bewerten den Grad ihrer moralischen, rechtlichen und politischen Gültigkeit.

Anwendung der UN-Charta

Der erste und moralisch vertretbarste Grund ist das Argument, dass Russlands Invasion in der Ukraine gegen die Charta der Vereinten Nationen verstößt. Sollte der US-Friedensrat, ein entschiedener Befürworter und Verfechter der Charta, ausgehend von diesem Grundprinzip nicht auch Russland als Übertreter verurteilen?

Schauen wir uns die UN-Charta an, um zu sehen, ob wir

fest entscheiden können, dass Russland gegen sie verstößt:

Artikel 2

3. *Alle Mitglieder werden ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln so beilegen, dass der internationale Frieden und die internationale Sicherheit sowie die internationale Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.*

4. *Alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen*



US PEACE COUNCIL

Peace is Everybody's Business

Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates oder auf andere Weise, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.

Artikel 51

Nichts in der vorliegenden Charta darf das inhärente Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung beeinträchtigen, wenn ein bewaffneter Angriff auf ein Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt ...

Betrachtet man Artikel 2, insbesondere Absatz 4, kann argumentiert werden, dass Russland gegen das Gesetz verstößt. Aber auf der Grundlage von Artikel 51 hat die Russische Föderation ihr Recht auf Selbstverteidigung geltend gemacht und den Sicherheitsrat ordnungsgemäß informiert. Russland bringt wichtige Argumente für seine Anwendung von Gewalt nach Artikel 51 vor.

Die ukrainische Regierung hat bei der feindlichen Einkreisung der Russischen Föderation als Stellvertreter der USA und der NATO gehandelt. Militär und Paramilitärs der Ukraine haben seit 2014 Donezk und Lugansk angegriffen, was zum Tod von etwa 14.000 Menschen geführt hat, von denen viele Russisch sprachen und einige Doppelbürger waren. Vor kurzem entdeckte Russland einen unmittelbar bevorstehenden Plan der ukrainischen Regierung für eine groß angelegte Invasion der an Russland grenzenden Gebiete Donezk und Lugansk. Russland erkennt diese beiden Republiken nun als unabhängige Staaten an, nachdem sie Russland um Hilfe bei ihrer Verteidigung gebeten haben.

Russland forderte eindeutig Sicherheitsgarantien von den USA und der NATO, die sich weigerten, angemessen auf Russlands Bedenken einzugehen. Die Ukraine plante, US/NATO-Atomwaffen auf ihrem Territorium zu stationieren, die Moskau innerhalb von fünf Minuten erreichen könnten. Dies geschah im alarmierenden Kontext der Entscheidung der USA im Jahr 2019, sich aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF) mit Russland zurückzuziehen.

Wenn dies kein Kriegsakt gegen Russland ist, was ist es dann? Sind diejenigen, die an einem Mord beteiligt sind, nicht gleichermaßen des Mordes schuldig? Das soll nicht heißen, dass Russland mit seiner Entscheidung Recht hatte. Vielmehr bestehen wir darauf, dass die UN-Charta auf der Grundlage von Fakten und als spezifischer Fall mit einem gegebenen historischen Hintergrund auf die Ukraine angewandt werden sollte.

Zweitens ist es den Vereinten Nationen selbst nicht gelungen, ihre eigene Charta angesichts eklatanter Verletzungen durch die NATO-Staaten aufrechtzuerhalten. Hier geht es uns nicht darum, das russische Vorgehen zu rechtfertigen, sondern einen realistischen Kontext für die Notwendigkeit zu schaffen, die UN-Charta aufrechtzuerhalten.

Seit dem Ende der Sowjetunion, als die USA die alleinige Supermacht wurden, hat Washington die UN-Charta in seinem Bestreben, eine globale „Vollspektrum“-Dominanz durchzusetzen, eklatant ignoriert. Wir sollten die NATO als mehr als nur eine „Allianz“ nominell souveräner Staaten verstehen, sondern als imperiales Militär von Staaten, die unter US-Kommando integriert sind.

Schauen wir uns zwei der relevanten Artikel der UN-Charta an, die seit Ende des Jahrhunderts von den imperialistischen Mächten mit Füßen getreten wurden:

Artikel 6

Ein Mitglied der Vereinten Nationen, das dauerhaft gegen die in dieser Charta enthaltenen Grundsätze verstoßen hat, kann auf Empfehlung des Sicherheitsrates von der Generalversammlung aus der Organisation ausgeschlossen werden.

Artikel 25

Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrates in Übereinstimmung mit dieser Charta anzunehmen und auszuführen.

Die USA, die NATO und ihre Verbündeten haben in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend gegen diese und andere Artikel der UN-Charta verstoßen. Hier nur einige Beispiele:

- 1999 griff die NATO 78 Tage lang ohne Zustimmung der Vereinten Nationen an, warf 28.000 Bomben ab und zerschlug Jugoslawien in Stücke.
- 2001 erklärten die USA als Reaktion auf den 11. September 2001 einen unbefristeten „Krieg gegen den Terror“, der mindestens 60 Länder betraf, darunter sieben, die Ziel eines illegalen Regimewechsels waren.
- Im Jahr 2003 griffen die USA und die Mitglieder ihrer „Koalition der Willigen“ den Irak illegal an und marschierten unter Missachtung des UN-Sicherheitsrates ein.
- Im Jahr 2011 griffen die USA, Großbritannien und Frankreich einseitig und ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates Libyen an und töteten seinen Staatschef Muammar Gaddafi.
- Ab 2011 begannen die USA, die NATO und regionale Verbündete einen Stellvertreterkrieg in Syrien, indem sie terroristische Gruppen bewaffneten und finanzierten, ein Krieg, der immer noch unschuldige Menschenleben fordert.
- 2014 inszenierten die USA mit Hilfe von Neonazi-Kräften einen Staatsstreich in der Ukraine und errichteten eine pro-NATO-Regierung, was zu einem Massaker an russischsprachigen Menschen in der Ostukraine führte.
- Während dieser Zeit haben die USA und ihre europäischen Verbündeten illegale einseitige Wirtschaftssanktionen



Torgau 2022: Die Freidenker sind mit dabei
Foto: RS

gegen mehr als 40 Länder der Welt verhängt, die den Tod von Hunderttausenden unschuldiger Menschen verursacht haben.

- Und natürlich sollte man die illegale Besetzung und Annexion syrischer und palästinensischer Gebiete durch Israel mit voller Unterstützung der Vereinigten Staaten erwähnen.

Die Krise, mit der wir heute in der Ukraine konfrontiert sind, ist das Ergebnis der Unfähigkeit der UNO, ihre Charta gegen solche illegalen Aktionen der einzigen Supermacht und ihrer NATO-Verbündeten aufrechtzuerhalten, was es den USA/NATO ermöglicht hat, Russland und andere Zielnationen der Welt in eine solche zu drängen unmögliche Lage.

Ja, wir sollten die UN-Charta verteidigen, aber nicht selektiv, wie es der Imperialismus heuchlerisch will. Wir sollten uns nicht täuschen lassen von der imperialistischen „Schuld dem Opfer“-Erzählung, wenn das Opfer gezwungen ist, sich zu verteidigen.

Zwischenimperialistischer Krieg

Viele, insbesondere Linke, haben die Position vertreten, dass Russland ein kapitalistisch-imperialistischer Staat ist, dass dies ein Krieg zwischen den Imperialisten ist und dass wir beide Seiten gleichermaßen verurteilen müssen. Aber ob Russland ein imperialistischer Staat ist oder nicht, ist für die vorliegende Frage unerheblich.

Erstens impliziert eine solche Position, dass nur Länder mit bestimmten sozioökonomischen Systemen gegen imperialistische Aggression verteidigt werden müssen und andere sich selbst überlassen werden sollten. Angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der vom Imperialismus ins Visier genommenen Länder selbst kapitalistisch sind, führt eine solche Position zu einer Schwächung des antiimperialistischen Kampfes.

Das zweite und wichtigere Problem bei dieser Art von Argumentation ist, dass sie das ganze Thema der Aggression

aus dem Bild entfernt. Es spielt keine Rolle mehr, wer der Aggressor und wer das Opfer ist. Es vermeidet die Tatsache, dass die USA danach streben, der Welthegemon mit globaler „Vollspektrum“-Dominanz zu sein. Kurz gesagt, der US-Imperialismus hat einen Krieg erzeugt, ohne US-Soldaten einzusetzen.

Nehmen wir der Argumentation halber an, dass Russland tatsächlich ein imperialistischer Staat ist und dass das, was vor sich geht, nichts anderes als ein Krieg zwischen den Imperialisten ist. Wird dieser interimperialistische Krieg nicht trotzdem die Zukunft der Menschheit beeinflussen? Haben wir nicht alle einen Anteil an seinem Ergebnis?

Falsche Äquivalenz der Rollen der USA/NATO und Russlands

Als Friedensorganisation können wir der Eskalation des Ukraine-Konflikts auf das Niveau einer militärischen Konfrontation grundsätzlich nicht zustimmen. Wir lehnen jedoch die einseitige Position ab, nur Russland zu verurteilen. Einige andere haben eine „ausgewogenere“ Position eingenommen, indem sie beide Seiten verurteilten, indem sie gleichzeitig einen Stopp der NATO-Erweiterung und den Abzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine forderten. Aber auch diese Position ignoriert die kausalen Zusammenhänge, die der Ukraine-Situation innewohnen. Es stellt Ursache und Wirkung auf die gleiche Ebene, während es die Tatsache ignoriert, dass die NATO-Erweiterung der wesentliche Grund für die militärische Antwort Russlands ist. Aus diesen Gründen sieht die Position der äquivalenten Schuld oberflächlich betrachtet ausgewogen aus, ist es aber in Wirklichkeit nicht.

Zweitens sind die beiden Forderungen unterschiedlicher Natur. Die erste ist eine allgemeine, strategische, langfristige Forderung; die zweite ist eine unmittelbare und konkrete. Bei einer solchen Formulierung der Forderungen führt eine solche Position zwangsläufig dazu, dass der Hauptdruck allein auf Russland ausgeübt wird.

Drittens ist die erste Forderung nach einer NATO-Erweiterung nicht spezifisch für den Fall der Ukraine, die zweite hingegen schon. Es ignoriert die Tatsache, dass die USA/NATO die Ukraine mit militärischer Ausrüstung im Wert von Hunderten Millionen Dollar überschwemmt und gleichzeitig militärisches und verdecktes Operationspersonal entsandt haben, um „zu beraten“. Eine korrekte Forderung wäre die Anerkennung der Ukraine als neutraler Staat, die Entfernung aller ausländischen Waffen und Militärangehörigen (einschließlich Söldner) aus der Ukraine und die vollständige Umsetzung des Minsk-II-Abkommens.

Der Erfolg der NATO bei ihren Bemühungen, bis zur ukrainisch-russischen Grenze zu expandieren, würde eine höllische Welt schaffen und zur Möglichkeit eines Atomkriegs führen. Vergessen wir nicht, dass die Geschichte damit nicht enden würde und Weißrussland das nächste Ziel sein könnte. Daher ist es zwingend erforderlich, dass die Friedensbewegung alles in ihrer Macht Stehende tut, um die Neutralität der Ukraine und ihre Anerkennung durch die USA/NATO zu garantieren.

Bewertung des US-Friedensrates

Die USA und ihre NATO-Verbündeten haben diese Tragödie nicht nur provoziert, sondern versuchten, sie in die Länge zu ziehen, indem sie sich weigerten, Verhandlungen über einen

Waffenstillstand aufzunehmen. Während niemand in einem Krieg gewinnt, hatten die USA am meisten zu gewinnen: die weitere Vereinigung der NATO unter US-Dominanz, die Reduzierung der wirtschaftlichen Konkurrenz Russlands auf dem europäischen Energiemarkt, die Rechtfertigung einer Erhöhung des US-Kriegsbudgets und die Erleichterung des Verkaufs von Kriegsmaterial an NATO-Vasallen. Ein Europa, das weiter zwischen der EU/Großbritannien und Russland gespalten ist, nützt niemandem außer den imperialen USA.

Auf der Grundlage dieser Einschätzung der gegenwärtigen Situation in der Ukraine erhebt der US-Friedensrat die folgenden unmittelbaren Forderungen, geordnet nach Priorität und Dringlichkeit:

1. Sofortiger Waffenstillstand und Entsendung humanitärer Hilfe in die Ukraine, einschließlich der selbsternannten unabhängigen Republiken.
2. Anerkennung der Neutralität der Ukraine.
3. Abzug von ausländischem Militär, Waffen und Ausrüstung – einschließlich Söldnern – aus der Ukraine.
4. Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine dauerhafte Beilegung interner Konflikte in der Ukraine unter Beteiligung aller betroffenen Parteien.

US-Friedensrat

24. März 2022

uspeacecouncil.org

Gerade in Zeiten wie diesen gilt: In Kontakt bleiben

Der 24. Februar 2022 wird mit Sicherheit für viele von uns in schmerzhafter Erinnerung bleiben, auch wenn der eigentliche Konflikt schon bereits acht Jahre lang andauert. Dieses Datum hat dennoch viele, auch mich, regelrecht in eine Schockstarre versetzt. Mit ansehen zu müssen, wie die über viele Jahre aufgebauten Brücken in Wirtschaft, Kunst und Kultur im Rahmen von Partnerschaften russischer und deutscher Städte nun plötzlich Schritt für Schritt abgerissen bzw. „offiziell ausgesetzt“ werden, ist traurig. Während in den vergangenen Jahren bereits mehrere politische und wirtschaftliche Initiativen heruntergefahren wurden, so werden dieses Mal auch noch die letzten verbliebenen volksdiplomatischen Aktivitäten, zu denen beispielsweise wissenschaftliche Forschungskooperationen, internationale Bildungsprojekte und Jugendaustausche gehören, ebenfalls auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt. Des Weiteren bestimmen Hass, Hetze und Verleumdung die tägliche Berichterstattung der öffentlichen Medien dieser Tage und Wochen. Die gefühlte Ohnmacht, wird mit jedem konsumierten Artikel größer. Zurückgekehrt ist die Angst vor Krieg und Zerstörung. Die Gefühle sind beklemmend. Denjenigen, die sich seit vielen Jahren und im Rahmen der Volksdiplomatie für ein friedli-



ches, sozial gerechteres, demokratisches und menschliches Europa einzusetzen, stellt sich nun die Frage: Aufgeben oder weitermachen?

Die Antwort muss lauten: Weitermachen!

Natürlich drohen die vor unseren Augen stattfindenden geopolitischen Beben die über viele Jahre entstandenen freundschaftlichen Beziehungen zu zerreißen. Dennoch gilt es gerade in solch unruhigen Zeiten wie diesen, einen kühlen Kopf zu behalten. Vielleicht hilft es, sich das berühmte Zitat Egon Bahrs immer wieder zu Gemüte zu führen. Am 3. Dezember

2013 sagte er im Rahmen der „Willy-Brandt-Lesewoche“ vor Schülerinnen und Schülern im Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg:

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ – Egon Bahr

Gegen diese großen politischen und ökonomischen Veränderungen können wir als einzelne Menschen sehr wenig aus-

richten. Trotzdem: Dieser Konflikt wird enden. Bis dahin und natürlich auch darüber hinaus bleibt uns nichts anderes übrig, als die vorhandenen Kontakte zu pflegen. Egal ob privat oder beruflich – im Kleinen wie im Großen.

Wie das gelingen kann? Je nach Möglichkeit könnten bestehende Kontakte im eigenen privaten oder beruflichen Umfeld dafür genutzt werden. In der jetzt akut emotional aufgeheizten Phase der Konfrontation ist es in der Tat selbstverständlich schwierig, über den Konflikt selbst zu sprechen. Besser geeignet erscheinen zum Beispiel kleine Projekte. Eines davon ist mir als Informatiker ganz besonders ans Herz gewachsen und ich möchte es in diesem kleinen Beitrag als sogenannten „Mutmacher“ einbringen.

Während vor Corona Schüleraustausche ausschließlich in der Realität stattfanden, zeigte sich mit dem Einsetzen der Coronakrise und aktuell nun durch die Ukraine-Krise bedingt, dass Austausch auch mit Hilfe virtueller Instrumente möglich sind. Ich selbst beispielsweise betreue seit dem Beginn der Corona-Krise im Jahr 2020 ein Informatikprojekt, in dem sich russisch-, spanisch-, englisch- und deutschsprachige Schülerinnen und Schülern aus ganz Europa und Asien austauschen sowie gemeinsam Computerspiele (neudeutsch auch als Apps bezeichnet) entwickeln. Die Veranstaltungen finden sowohl in deutsch als auch in russisch statt. Der Vorteil dieser Projekte besteht darin, dass am Ende ein ganz kon-

kretes Ziel, hier das gemeinsam entwickelte Computerspiel, im Mittelpunkt steht. Es ist eine Freude mit anzusehen, wie ungezwungen Kinder und Jugendliche miteinander interagieren. Nebenbei tauschen sich die Schülerinnen und Schüler selbstverständlich auch über weitere Dinge des Lebens aus. Dazu gehören mitunter Kunst-, Kultur- und Freizeitaktivitäten. Diese finden rund um den Globus statt und verbinden Menschen, ganz gleich welcher Religion, Hautfarbe oder politischen Einstellung sie angehören. Das während der Arbeitsphasen zu entwickelnde Produkt hilft dabei, die Motivation aufrechtzuerhalten und sich immer wieder zu treffen, um an dem Produkt weiterzuarbeiten, es weiter zu denken und sich einfach über neue Ideen auszutauschen. Ganz automatisch entstehen dabei Freundschaften. Vor allem nehmen sich die Teilnehmenden als Menschen „wie Du und ich“ wahr. Skandalöse Äußerungen wie beispielsweise die einer gewissen Florence Gaub in der Fernsehsendung Lanz („Wir dürfen nicht vergessen, auch wenn Russen europäisch aussehen, dass es keine Europäer sind – jetzt im kulturellen Sinne – die einen anderen Bezug zu Gewalt haben, die einen anderen Bezug zu Tod haben.“) zeigen dagegen, wie das Hetzen gegen Menschen wieder salonfähig zu werden droht.

Lasst das nicht zu! Die Menschlichkeit kann uns niemand nehmen.

Sven Alisch

Zeichen gegen Ausgrenzung russischsprachiger Menschen



Mit einem bunten Blumenstrauß besuchte am 25. März eine Delegation des Vereins Deutsch-Russische Friedenstage das Lokal CasaNova in Bremen. Anlass für den Besuch waren antirussische Diffamierungen, die sich vor dem Hintergrund des russischen Einmarsches in die Ukraine

gegen die Lokalinhaberin Gaiane Schenk zugetragen haben. Als Zeichen der Solidarität gegen Anfeindungen überreichte Horst Otto im Namen des Vereins an Frau Schenk (Foto oben) stellvertretend für ihr Team und alle Menschen, die gegenwärtig antirussisch attackiert werden, einen bunten Blumenstrauß. In einer kurzen Ansprache betonte Otto, dass es jetzt darum geht, so schnell wie möglich Frieden in der Ukraine – und Frieden mit Russland zu erreichen. Ebenso erwähnte der Sprecher, dass der Verein in Bremen weiterhin als Freund und Ansprechpartner für ein gutes und respektvolles Zusammenleben wirbt.

Ähnliche Erfahrungen wie Gaiane Schenk machen in diesen Tagen zahlreiche Menschen, die schon lange hier leben und aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion in unsere Stadt gekommen sind. Jetzt müssen sie erleben, dass sie offen oder versteckt für den Militäreinsatz Russlands in der Ukraine verantwortlich gemacht werden. Schmähbriefe landen in ihren Briefkästen. Zuschreibungen, sie seien Kriegsbefürwor-

ter, russische Agenten oder „Putin-Versteher“ werden ohne jede Kenntnis der Person vorgenommen. Mitglieder des Vereins berichten von einer zunehmenden Verängstigung unter der russischsprachigen Community. Vor diesem Hintergrund erwartet der Verein eine öffentliche Positionierung des Bremer Senats für ein solidarisches und diskriminierungsfreies Zusammenleben auch mit russischsprachigen Menschen in dieser aufgewühlten Zeit.

Horst Otto

(Text und Fotos mit freundlicher Erlaubnis des Vereins Deutsch-russische Friedenstage)



Die Wahrheit siegt am Ende – Immer

Rede von Liane Kilinc, Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V., am 8 und 9. Mai in Berlin-Treptow

Dieses Jahr liegt ein Schatten auf unseren Feiern des Siegs der Völker, der Menschheit über den Nazifaschismus, und ein Schatten auf unserem Gedenken an die Opfer, die dafür gebracht werden mussten. Denn das erste Mal ist nicht nur das Datum, und der Anlass unserer Feier in diesem Deutschland in Frage gestellt, der Bundesrepublik, die es nie wirklich schaffte, Antifaschisten zu ehren, oder gar die sowjetischen Soldaten, denen wir alle so viel verdanken; dieses Jahr ist selbst der Grund und Boden, auf dem wir gedenken, bedroht.

Er ist bedroht, weil unsere Regierung, unsere Politik der Meinung ist, dass der Einsatz des russischen Militärs in der Ukraine Grund genug ist, die Dankbarkeit zu vergessen, die wir der Roten Armee dafür schulden, uns von einem Übel befreit zu haben, von dem wir uns selbst nicht befreien konnten.

Er ist bedroht, weil unsere Regierung, unsere Politik der Meinung ist, stattdessen könne man, hier und heute, seine Sympathie für die ukrainische Regierung ausdrücken. Eine Regierung, deren Nationalhelden Menschen sind, die an der Seite der Hitlerwehrmacht gegen die Sowjetunion kämpften, an der Seite der SS ihre jüdischen Nachbarn ermordeten, ukrainische Nationalisten, die KZ-Wächter stellten und an der Seite der Brigade Dirlewanger weißrussische Dörfer auslöschten. Die, als die Niederlage der Naziarmee schon absehbar war, noch ihre polnischen Nachbarn massakrierten und vertrieben.

Wenn hier, an diesem Ort, über den Gräbern der Soldaten der Roten Armee, Menschen mit ukrainischen Fahnen auftauchen und ihr „Heil der Ukraine“ rufen, den Gruß der ukrainischen Faschisten, dann ist das nichts anderes, als würden hier Deutsche mit Hakenkreuzfahnen und Heil Hitler aufmarschieren.

Es ist eine Schändung, und eine Schande.

Das Ziel des Nazifeldzugs war die Auslöschung der Bevölkerung im Osten, in der gesamten Sowjetunion.

Dieses Ziel wurde im „Generalplan Ost“ niedergelegt.

Hätte die Rote Armee nicht gesiegt, wäre es auch den ukrainischen Hilfstruppen an den Kragen gegangen. Später. Nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatten.

Die ukrainischen Hitlerverehrer haben es bis heute nicht begriffen, dass sie nur die vorübergehend nützliche Variante Untermensch waren, nützliche Idioten; und heute lassen sich ihre Nachfahren Hakenkreuze und SS-Runen tätowieren.

Ich war in den letzten acht Jahren im Donbass.

Ich habe mit den Menschen dort im Keller gesessen, wenn die ukrainische Armee auf Gorlovka schoss; ich habe die Häuser in Frontnähe gesehen, die nach acht Jahren Dauerbeschuss nur noch aus Gewohnheit stehen, unter denen Tag für Tag die Erde vom Einschlag der Granaten zittert. Es war diese Ukraine, die heute hier aufmarschieren soll, dieser Staat der Naziverherrlicher, der geschossen hat und das bis heute tut.

Ich habe die Kinder gesehen, die in diesem Krieg herangewachsen sind und keinen einzigen Tag des Friedens erlebt haben.

Acht Jahre, das ist eine verdammt lange Zeit.

Acht Jahre lang hat Europa alles getan, um diesen Krieg nicht sichtbar werden, ja, auch, um ihn nicht aufhören zu lassen.

Die Menschen im Donbass erhoben sich, weil sie die Verherrlichung von Faschisten nicht dulden wollten.

Sie wollten weiter den Tag des Sieges begehen.

Der ganze Donbass war zerstört, als die Nazitruppen abzogen; jedes einzelne Haus, jedes einzelne Bergwerk musste erst wieder

aufgebaut werden. Es gab Bergwerksschächte, aus denen erst die Toten geborgen werden mussten; Menschen, die die Nazis lebend in die Schächte geworfen hatten.

Dort im Donbass wollten sie keine Märsche für den Nazikollaborateur Bandera, und kein „Heil der Ukraine“:

Aber die Regierung, die sich 2014 an die Macht geputzt hatte, schickte Panzer und Kampfflugzeuge dorthin, um sie zu unterwerfen.

In der Ukraine wurden und werden Menschen ermordet, wenn sie das Georgsband tragen, das an den Sieg über den Faschismus erinnert.

Da geht es nicht um Russland oder die Ukraine, da geht es um Faschismus oder Antifaschismus.

Das gleiche gilt für die Fahne des Sieges.

Auch sie ist in der heutigen Ukraine verboten. Weil man sich mit den Nazikollaborateuren identifiziert.

Als damals der Bürgerkrieg in der Ukraine anfang, als die Nachrichten kamen, was nach dem Maidan passierte, da war es schon ein Gedanke: das, was da passiert, kann sich auch bis zu uns ausbreiten.

Das war eine Befürchtung. Auch, weil viele Dinge so vertraut waren aus der deutschen Geschichte.

Dass Leute auf der Straße angehalten wurden und man sie verprügelt hat, wenn sie auf „Heil der Ukraine“ nicht mit „den Helden Heil“ antworteten; genau so war es im März 1933 in Deutschland.

Dass jede Feier zum Jahrestag der Befreiung, ein Jahrestag, den dort jeder einzelne Ort hat, und der überall gefeiert wurde, jahrzehntelang; dass also jede dieser Feiern angegriffen wurde.

Und Odessa. Dieses grauenvolle Massaker.

Und Mariupol am 9. Mai 2014, als die Nationalgarde wild in die Menge hineinschoss.

Das haben wir gehört und gesehen, und fürchteten, dass das auch zu uns kommen wird.

Aber wir konnten uns das nicht vorstellen.

Jetzt müssen wir uns das nicht mehr vorstellen.

Jetzt können wir es sehen.

Jetzt ist auch hier bei uns alles verboten, was an die Rote Armee und ihren Sieg erinnert.

Und man merkt den Politikern die Erleichterung an.

Es war all die Jahrzehnte so unangenehm, seine Freiheit der Roten Armee zu verdanken, dass man sie weggelogen hat und lieber so tat, als wären das die Amerikaner gewesen.

Aber da gab es all die Denkmäler, die Friedhöfe, im Osten.

Ganz verschwinden lassen konnte man die Erinnerung an die Wahrheit noch nicht.

Das ist es, was in diesem Jahr, was heute und hier versucht wird.

Die Erinnerung an den Sieg über den Faschismus auszulöschen.

Hier in Deutschland, so wie es vor acht Jahren in der Ukraine begann.

Und das Ergebnis wird das gleiche sein.

Wer den Sieg über den Faschismus leugnet, wer ihn kleinredet und verzerrt, der macht den Platz frei für seine Rückkehr.

Nicht nur symbolisch. Ganz konkret. Wenn ich höre, wie heute in der Presse und im Fernsehen über Russen geredet wird, dann kommt es mir vor, als würde ihnen Julius Streicher die Worte ins Ohr flüstern, und Alfred Rosenberg die Feder führen.

Und wenn ich von Übergriffen höre – gestern erst gab es einen Anschlag auf die Wohnungen russischer Journalisten in Berlin – dann weiß ich, Wort und Tat gehen hier im Gleichschritt.

Wirklich, wir leben in finsternen Zeiten.

Die Lüge der Besiegten verdrängt die Wahrheit der Sieger.

Aber wir kennen sie dennoch, und werden sie auch nicht preisgeben. Gleich, mit wie vielen blaugelben Fahnen dieses Land und unsere Orte gepflastert werden.

Und eines ist sicher: die Wahrheit siegt am Ende. Immer.

Angst, Sucht und Politik

Glosse von Berend Buscher

Corona und Ukraine haben uns Deutsche zu mehr Alkoholkonsum verführt, so liest man. Als wenn wir nicht schon sowieso zu den Sucht-Weltmeistern gehörten!

Ja, wir, nicht die Russen, die ihren Wodka als Volksgetränk verehren, und das nicht schon seit Stalin, dessen Rotarmisten angeblich ein Recht auf einen halben Liter des Wässerchens pro Tag wahr nahmen.

Aber wir waren damals schon weiter, hatten unser Pervitin in Panzerschokolade (heute Crystal Meth), das wurde freizügig eingesetzt und erst ab 1941 auf Rezept erhältlich.

Dann bekam der einzelne Soldat das Geschehen um ihn herum nicht so mit, oder schlimmer, das Elend, das er selber mitgestaltet hatte.

Bewiesen ist, dass Pervitin und auch Alkohol das Schießen und das Gewissen erleichterten, was den Feldgeistlichen weniger Arbeit bescherte.

Zurück zu uns, unzählige Beispiele aus allen neueren Kriegen beweisen die wichtige Funktion von Drogen, sie verschieben Belastendes und lassen erst einmal vergessen!

Aber was verdrängen wir denn, wir Sucht-Weltmeister?

Corona-Bedrohung und aktuelle Kriegsgeschehen erinnern uns an die Erzählungen unserer Mütter und Väter, so sie überhaupt darüber sprechen, an Entbehrungen, Trennungen, Hunger, Tod.

Wenig darüber nachdenken, das übernahmen lange unsere führenden Medien, aber die Gefühle und Ängste, damit sind wir wieder alleine, unter uns, Lösungen sind ja so kompliziert und auch politisch, nur für Fachkräfte gemacht. Und welche?

Unsere Berufspolitiker und ihre Lobbyisten aus Wirtschaft und Finanzkapital, Philosophen und Berufsethiker?

Diese haben viele Wörter und wenig Worte, reden ja so kompliziert und haben immer Recht!

Und da kommt ein Freund und Helfer auf uns zu, spricht uns direkt aus der Werbung heraus an, der Verstandsvernebler und Alleskönner Alkohol, der uns auch schon bei Persönlichem geholfen hat, mindestens für ein paar Stunden vergessen, Moment, aber nicht alles. Im Kühlschrank ist nicht mehr viel, auf zum Discounter mit seinen freundlichen Problemlösern im Sonderangebot.

Um Corona zu vergessen, hat der Alk schon oft geholfen, dann wird er auch wohl helfen, die täglichen RKI- und Kriegsberichterstattungen zu konsumieren, nein, nicht zu verstehen!

Bloß, diese Flaschen-Schlepperei und Entsorgungsnöte, da war unsere Bundeswehr bei ihrer Flucht aus Afghanistan schlauer, tonnenweise nahmen sie ihre Bierdosen wieder mit in die Heimat, die Taliban hätten die Reste sowieso im Wüstensand vernichtet.

Die emsländische Stadt HAREN hieß nach dem 2. Weltkrieg drei Jahre lang MACZKOW und war eine polnische Enklave in der britisch besetzten Zone.

Aha, dann ist die Problemlösung durch Alkohol wohl genial oder?

Suchtberater machen uns weis, dass Alkohol viele Lösungen bietet, Lösungen von Freundschaften, von Ehen, von Arbeitsverhältnissen und auch vom irdischen Leben.

Was nun, Alk als Angstvertreiber soll mir nicht helfen, wer dann?

Fachleute wie Therapeuten, nee, die hatten wir schon, die reden immer so geschwollen und haben auch viele Macken, vielleicht durch Drogen? Und die erzählen mir dann wahrscheinlich, dass es vier verschiedene Arten der Angst gibt, aber welche habe ich dann?

Oder Pastoren bieten sich doch an, die predigen doch, dass man nicht töten darf? Aber da sagt doch Marx, dass Religion Opium des Volkes ist und dessen Durchblick für gesellschaftliche Verhältnisse behindert, geht also nicht, da tausche ich ja eine Droge gegen eine andere, außerdem segnen Pastoren doch oft Waffen!

Meine Oma nahm mit steigendem Alter immer mehr Spalttabletten, mein Opa qualmte den ganzen Tag und ergötzte sich an Doppelkorn.

Nun, die hatten ihre Lösungen, nein, ihre Kriege, Entbehrungen und Ängste hatten sie trotzdem.

Was nun? Werde ich jetzt alleine gelassen mit negativen Gefühlen und Angst vor Corona und Ukraine?

Drei Lösungen fallen mir spontan ein:

Erstens muss ich noch mal über die vielen von mir konsumierten oft brutalen Fernsehkrimis mit ihren schnellen Lösungen nachdenken.

Zweitens könnte ich den Alkoholkonsum erweitern und in einer Fantasiewelt Illusionen genießen oder drittens müsste ich mich um Aufklärung bemühen.

Das ist es: Mich aufklären lassen und Lösungen finden für meine Corona- und Kriegsängste, idealer Weise zusammen mit Gesinnungsfreunden.

Da bietet sich u.a. unser Freidenker-Verband an, der laut Satzung „weltanschauliche und soziale Betreuung“ auf der Grundlage der „Prinzipien des Humanismus und der Menschenrechte“ anbietet.

Das könnte uns ein wenig helfen, Lebens- und Weltkrisen zu bearbeiten.

Aber jeder mir angenehme Mitmensch kann das doch genau so,

ich muss nur den Mut aufbringen, darüber zu reden!

Lasst uns den Alk und andere Drogen vergessen, die brauchen wir dann nicht mehr und sind auch ein bisschen gesünder, schlauer und kämpferischer!

Vorerkrankungen – ein unabwendbares Schicksal?

Von Toni Brinkmann

Ständig hörten und lasen wir in den vergangenen zwei Jahren Warnungen an die alten Menschen mit Vorerkrankungen vor einer Ansteckung mit Covid-19. Sie seien ganz besonders gefährdet und und deshalb vorrangig zu impfen.

Vor allem Bluthochdruck, chronische Nierenschwäche, dauerhafte Lungenschädigungen, bösartige Tumorerkrankungen, Diabetes mellitus und krankhaftes Übergewicht wurden genannt. Bei einer Studie anhand von 660 Obduktionen Corona-Verstorbener der Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf wurden 2020 nur bei einem Prozent der Sterbefälle keine relevanten Vorerkrankungen gefunden.

Aber der Frage, weshalb überhaupt so viele ältere Menschen in Deutschland unter Vorerkrankungen leiden, wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei ist Deutschland im europäischen Vergleich eines der Länder mit den bevölkerungsbezogen höchsten Risiken (durch Vorerkrankungen) für schwere COVID-19-Verläufe. (Journal of Health Monitoring Februar 2021).

Die gesundheitsschädlichen Folgen der Privatisierung unseres Gesundheits- und Heimwesens (Fallpauschalen, Profitorientierung, tausende Tote jährlich durch nosokomiale Infektionen in den Krankenhäusern u.a.m.) sind schon länger Thema. Ich erinnere an unser Freidenkerheft 1–2017 „Gesundheit – Markt gegen Menschenrecht“.

Es gibt jedoch noch einen weiteren Sektor unseres Wirtschaftssystems, der sich stark auf unsere Gesundheit auswirkt und – wie die Ergebnisse zeigen – viel zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik erfährt: die Nahrungsmittelindustrie.

2013 erschien das Buch „Garantiert gesundheitsgefährdend“

Der Autor beschreibt, dass weltweit immer mehr Menschen an den Folgen übermäßigen Zuckerkonsums leiden. Er geht so weit, Zucker als „Suchtstoff“ zu bezeichnen. Er zitiert Wissenschaftler, die vor Übergewicht, Alzheimer, Krebs und vor allem der Zuckerkrankheit Diabetes, die allein in Deutschland jährlich 44 Milliarden Euro Kosten verursacht, als Folge des Zuckerkonsums warnen. Oft wüssten wir gar nicht, dass wir Zucker verzehren, denn er ist ja nicht nur in Marmeladen oder Süßgetränken enthalten, sondern sehr häufig als Konservierungsstoff in Industriernahrung versteckt. In unserer täglichen Nahrung sind durchschnittlich 100g Zucker pro Person enthalten!

Dagegen gibt es zwar seit Jahren Proteste aus der Wissenschaft, aber leider hat „die Zuckerlobby die Politik im Griff. Der Verkauf wird gefördert, die Nebenwirkungen werden verharmlost, mit freundlicher Unterstützung von Staat und Wissenschaft.“ So ist es trotz jahrelanger Bemühungen noch nicht einmal gelungen, den Zuckergehalt in Lebensmitteln für Kinder gesetzlich zu begrenzen.

Doch Zucker ist längst nicht das einzige Nahrungsmittel, das uns krankmacht.

Die Erkrankung ihres Kindes an der Zahnschmelzstörung Kreidezähne/MIH, an der zunehmend viele Kinder in Deutschland und weltweit leiden, veranlasste die Bremerin Ulrike von Aufschnaiter zu intensiven Recherchen, deren Ergebnisse sie 2019 in ihrem Buch „Deutschlands Kranke Kinder“ vorstellte:

„Ein Großteil unserer Kinder ist krank. Sie leiden unter Allergien, Asthma, Bauch- und Kopfschmerzen. Sie sind übergewichtig, haben Diabetes oder eine Fettleber. Die Zähne von bis zu 30 Prozent unseres Nachwuchses bröckeln schon im Kindesalter

und gesunde Augen haben immer weniger. Eine erschreckende Häufung von Verhaltensauffälligkeiten verhindert an vielen Schulen normal ablaufenden Unterricht.“

Doch nicht nur die Kinder, wir alle, auch die Erwachsenen, sind von den geschilderten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen und Entwicklungen betroffen.

Ziel der Lebensmittelkonzerne, schreibt sie, sei die Gewinnoptimierung, und die erreichten sie, „indem sie stetig mehr und minderwertige Produkte für den Absatzmarkt – uns Menschen – produzieren und verkaufen.“ Flächendeckend hätten diese Konzerne „global relevante Institutionen und Personengruppen – Behörden, Politiker, Ärzte, Wissenschaftler, Journalisten – als Unterstützer instrumentalisiert“ – mit Geld, Ruhm und Macht für Gefälligkeiten

„Dieses weltumspannende System hat nun dazu geführt, dass der größte Teil der kommerziell angebotenen Nahrung, ebenso wie die medizinische Versorgung, nicht zu Vitalität und Gesundheit von Menschen führt, sondern zu Mangel- und Fehlernährung. In der Konsequenz werden wir Menschen krank. Allen voran unsere Kinder.“

Die Autorin belässt es jedoch nicht bei dieser niederdrückenden Diagnose, sondern zeigt um-

Schon Hippokrates sagte: „Krankheiten befallen uns nicht aus heiterem Himmel, sondern entwickeln sich aus täglichen Sünden wider die Natur. Wenn sich diese gehäuft haben, brechen sie unversehens hervor.“



fangreiche und konkrete Möglichkeiten auf, was wir selbst tun können, um unsere Gesundheit zu stärken.

Alle ihre Forschungsergebnisse sind gut belegt, das Buch vermittelt Basiswissen über Nährstoffe und ist auch als Nachschlagewerk zu Ernährungsfragen gut geeignet. Es ist bei tredition erschienen und kostet kartoniert 19,99 Euro, als e-book 14,99 Euro.

Außerdem bietet sie Impulsvorträge und Beratungen rund um folgende Fragestellungen an:

- Welche wissenschaftlich belegten Grundlagen von Nahrung, Nährstoffen und deren Auswirkungen auf physiologische Prozesse bestehen?
- Wie passen diese Grundlagen zur Ernährungs- und Gesundheitspolitik der Re-



gierung? Wie setzen wirtschaftlich agierende Unternehmen die eigenen Interessen bei Politik, Wissenschaft und dem medizinischen Sektor durch?

- Welche Lösungsansätze bestehen? Mit welchen Widerständen ist bei einer Umsetzung zu rechnen?

Erinnern wir uns an Erich Fromm: „Wenn die Menschen jemals freier werden, das heißt dem Zwang entzogen werden, die Industrie durch pathologisch übersteigerten Konsum auf Touren zu halten, dann ist eine radikale Änderung des Wirtschaftssystems vonnöten: Dann müssen wir der gegenwärtigen Situation ein Ende machen, in der eine gesunde Wirtschaft nur um den Preis kranker Menschen möglich ist. Unsere Aufgabe ist es, eine gesunde Wirtschaft für gesunde Menschen zu schaffen.“ (Haben oder Sein)

Gesundheitsversorgung in schwierigen Zeiten

Gesundheit ist keine Ware und Patienten sind keine Kunden. Mit werbewirksamen Floskeln wird uns suggeriert, dass unser Gesundheitssystem einwandfrei funktioniert. Dabei werden augenscheinliche Fakten außer Acht gelassen.

Der Pflegenotstand ist nicht neu, sondern damit bin ich mein ganzes Berufsleben konfrontiert gewesen. Was sicher neuer ist: Es gibt keinen ausreichenden Nachwuchs, aber eigentlich ist das auch nicht neu. Was in der jüngsten Vergangenheit (vor Corona) Mut machte, ist auf alle Fälle, dass Kolleginnen und Kollegen mit Initiativen, vor allem aus dem gewerkschaftlichen Bereich, auf die prekären Situationen aufmerksam gemacht haben. Streiks, Überlastungsanzeigen und Dienste nach Vorschrift haben stattgefunden und finden weiter statt. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten sind äußerst wichtig und der Grundpfeiler für Veränderungen. Um weiter an Schlagkraft und Veränderungswillen zu gewinnen, braucht das Gesundheitswesen (stationär und ambulant) noch viel mehr Mitglieder in den Gewerkschaften. Hier ist es von großer Wichtigkeit, Aufklärungs- und Werbungsarbeit in mehreren Sprachen zu leisten. Auch wenn das Pflegepersonal die deutsche Sprache beherrscht, setzt das in keiner Weise den Bewusstseinsgrad über die tägliche Arbeit voraus. Übrigens gilt das auch für alle Berufsbereiche im Gesundheitswesen.

Mit der Privatisierungspolitik wird vermehrt auf Gewinn- und Verlustrechnung gesetzt. Es spielt nur oder fast nur der kaufmännische Aspekt eine Rolle. Bereiche die nicht genügend Profit bringen, werden entfernt oder zumindest ausgegliedert. Vor der Privatisierungspolitik war das Gesundheitswesen (Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen) im Haushalt entsprechend angesiedelt. Also war Gesundheit keine Ware, sondern für das Gemeinwohl von Bedeutung.

Seit zwei Jahren haben wir die Corona-Pandemie, die weltweit das Gesundheitswesen auf den Kopf gestellt hat. Die

Politikerinnen, Politiker, Virologen, gesundheitsrelevante Journalistinnen und Journalisten bemühen sich um einen einigermaßen fachlichen Überblick. Dabei ist der Bedeutung für das Werben zum Impfen ein besonderes Augenmerk gewidmet. Viele Maßnahmen sind aus meiner Sicht richtig und notwendig gewesen und sind es auch noch. Kritisch sehe ich die totale Isolation der Bewohner von Pflegeheimen und schwerkranken Patienten in den Krankenhäusern. Jetzt sind die Besuchsmöglichkeiten zum größten Teil gelockert. Besucherzahlen und -dauer sind begrenzt. Das ist für alle Seiten von Vorteil.

Kein Verständnis habe ich für Kundgebungen und Demonstrationen von Coronaleugnern. Es ist erwiesen, dass die meisten Patienten auf den Intensivstationen mit der Diagnose Corona ungeimpfte Patienten sind.

Zu der Überschrift meines Beitrags gehört leider auch folgende Nachricht: Eine Münchener Klinik (iatros Klinik GmbH) verurteilt die Invasion der russischen Armee mit Hilfe der weißrussischen Regierung in die Ukraine. Ich beurteile die kriegerischen Auseinandersetzungen hier nicht, aber was die Russophobie für Wellen schlägt, wird deutlich: Die Klinik behandelt ab sofort keine russischen und weißrussischen Staatsbürger mehr. Zitat: Sie können sich die Anmeldungen sparen. Es wird keine Ausnahmen geben (Zitat Ende). Operationen würden am OP-Tag im Zweifel abgesetzt.

Über all das hinaus nehmen Anschläge auf kulturelle, gastronomische und andere russische Einrichtungen zu.

Das wäre ein anderes Thema, welches zu diskutieren wäre, unter Berücksichtigung aller relevanten Aspekte (die in unseren gängigen Medien nicht vorkommen).

Angelika Scheer
(Krankenschwester im Ruhestand)

Historische Hintergründe zur Demokratischen Volksrepublik Korea

Von Christian Wagner

Aus Sicht des Westens ist Nordkorea ein diktatorisches Regime, das Menschenrechte missachtet und den Frieden gefährdet. Insbesondere sein Nuklearprogramm wird als Gefahr dargestellt. Es wird vorgeworfen, dass die Regierung das eigene Volk verhungern lässt und den Menschen alle Freiheiten nimmt. Dies ist allerdings eine rein subjektive Sichtweise des Westens, die zum Großteil auf Falschinformationen basiert.

Um der Wahrheit näher zu kommen, beschäftige ich mich seit vielen Jahren mit der DVRK. Ich bin durch Japan, Südkorea, Nordkorea und China gereist und konnte in jedem Land zahlreiche Gespräche mit Politikern, Professoren, Studenten, Unternehmern, einfachen Arbeitern, Medienvertretern und Zeitzeugen der vergangenen Kriege führen. Zusätzlich las ich alles was mir im jeweiligen Land empfohlen wurde, besuchte Museen und Orte wichtiger Ereignisse. Dabei wurde eines deutlich: Jedes Land vertritt seine eigene Position, hat seine eigenen „Fakten“ und damit auch seine eigene Wahrheit.

Was ist die Wahrheit der Demokratischen Volksrepublik Korea?

Um das zu verstehen, braucht man einen Einblick in die Geschichte des Landes. Die Menschen auf der koreanischen Halbinsel waren bis zum Jahr 918 immer wieder in Gebietskämpfe und Fürstentümer aufgeteilt. Die erste nationale Einheit unter einer Monarchie kam 918 zustande und wurde wiederholt durch Nachfolgemonarchien ersetzt. 1897 wurde das Koreanische Kaiserreich ausgerufen, was 1910–1945, während der japanischen Okkupation, in Chosen unbenannt wurde. 1948 kam es zur Teilung, die bis heute anhält. Das Korea der letzten Jahrhunderte war dabei intensiven Einflüssen aus dem damaligen China und Japan, aber auch Russland ausgesetzt. Dabei wurde das Land permanent durch Zerstörung und Wiederaufbau gekennzeichnet und die Einflüsse der drei Länder reichten von der Architektur, Kunst und Kultur bis hin zur Politik tief in die Bevölkerung hinein. Jeder Versuch, unabhängig von äußeren Einflüssen zu werden, wurde durch starken außenpolitischen Druck unterbunden.

Dazu einige Beispiele. In der Architektur waren chinesische Einflüsse erkennbar. Noch heute finden sich in alten Tempeln

chinesische Schriftzeichen in die Holzbauten geschnitzt. Der chinesische Konfuzianismus war in Korea verbreitet und repräsentierte die damalige Glaubensrichtung. Parallel dazu wurden genau diese Gebäude ausgeraubt und zerstört. Der Bulguksa Tempel im Südosten Koreas, welcher 1995 zum UNESCO Weltkulturerbe ernannt wurde, ist ein Paradebeispiel dafür. Er wurde durch japanische Angriffe mehrere Male ausgeraubt und zerstört. Insbesondere die japanische Invasion 1592–1598 hinterließ ihre Spuren. Wenn man heute Tempel im ganzen Land besucht, findet man nicht besonders viel Prunk. Wenn man Tempel in Japan besucht, sind selbst abgelegene Tempel überfüllt mit Reichtümern. Nicht selten findet man dabei koreanische oder chinesische Zeichen. Die Japaner haben niemals ihre „Kriegserrungenschaften“ zurückgegeben.

Kulturell kennzeichnet das koreanische Volk eine einfache, schlichte Lebensweise. Selbst Adlige haben sich häufig nicht stark vom einfachen Volk unterschieden – auch wenn Sklaverei im Land existierte. Dieses Volk hat dabei immer den Drang verspürt sich von den starken Einflüssen anderer Nationen zu trennen. So führte König Sejong der Große erst 1443 eine eigene koreanische Schrift ein. Doch je intensiver die Bildung eigener kultureller Errungenschaften herbeigeseht wurde, desto stärker wurde der Druck von außen intensiviert. Es gab Wirtschaftsblockaden, Militäreinsätze und sogar ein Attentat der Japaner auf die koreanische Königin Myeongseong im Jahre 1895. Die Mörder übergossen die Leiche der Königin anschließend mit Benzin und verbrannten sie, sperrten den König und seinen Sohn ein und installierten eine neue Pro-Japanische Regierung. Noch Jahre danach wurde bei Widerworten der Koreaner auf dieses Ereignis verwiesen und „dass es sich lieber nicht wiederholen sollte“

Annexion durch Japan und Zweiter Weltkrieg

1910 bis 1945 erfolgte schließlich die Annexion Koreas durch Japan. Japan zwang dabei den damaligen koreanischen König zur Unterzeichnung des Annexionsvertrages und betrachtet die damalige Annexion deshalb bis heute als legitim. Wäh-



Staatsgründer Kim Il Sung und sein Sohn Kim Jong Il sind immer noch gegenwärtig
Foto: Christian Wagner

Koreakrieg: Flüchtlinge vor einem amerikanischen Panzer
Foto: Gemeinfrei



rend der Besetzung wurde die Bevölkerung bei Widerstand getötet oder in Gefängnislager gesteckt. Die Japaner verübten in diesen Lagern grausame Folter. Yoo Kwan-Sun, die sowohl im Norden als auch Süden der Halbinsel als Heldin gefeiert wird, organisierte eine friedliche Demonstration mit mehr als 2000 Menschen gegen die japanische Besetzung. Die japanische Polizei eröffnete sofort das Feuer, sie selbst kam ins Seodaemun-Gefängnis und starb dort mit nur 17 Jahren.

Ein zentrales Thema sind die Comfortwomen während der japanischen Besetzung. Tausende Frauen in ganz Asien wurden als Sexsklavinnen missbraucht. Bis vor wenigen Jahren hat die japanische Regierung dies dementiert, bis schließlich die japanische Justiz einigen Frauen aus Korea nach Prozessen recht gab. Kulturell zwangen die Japaner die Koreaner Japanisch als Hauptsprache zu nutzen, japanische Namen zu haben und drängten ihre Kultur zurück. Nobusuke Kishi, der Großvater des letzten Premierministers Japans, Shinzo Abes, wird bis heute als „Monster der Manchurai“ bezeichnet und hat brutale Aktionen in Korea und China durchgeführt, mit hunderttausenden Toten. Er wurde durch die Amerikaner nach dem Krieg trotzdem als Premierminister Japans eingesetzt, um kommunistische Einflüsse zu stoppen. Abe hat seine Taten immer dementiert. Während des Krieges war Kim Il Sung, der erste Staatschef der DVRK, ein Kriegsheld und hat wesentlich zur Befreiung Koreas beigetragen.

Koreakrieg und Kalter Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg übertrug die UN-Treuhand die Verwaltung Koreas den Amerikanern und der Sowjetunion. Während in Nordkorea Kim Il Sung als angesehener Koreaner das Land verwaltete und wirtschaftlich mit Unterstützung Chinas und der Sowjetunion zum Aufblühen brachte, wurde in Südkorea Rhee Syng-man, ein in Amerika lebender Koreaner, eingesetzt. Er hat die südkoreanische Bevölkerung gewaltsam unterdrückt. Proteste, die den Norden und eine nationale Wiedervereinigung unterstützten, wurden gewaltsam niedergeschlagen. Auf der Insel Jeju wurde 1948 ein genozidähnliches, antikommunistisches Massaker durch die USA und südkoreanische Einheiten verübt, bei dem jeder zehnte Mensch sein Leben verlor.

Korea wurde geteilt. Der Frust und das Leid saßen sehr tief in den Herzen der Menschen. Das wirtschaftlich starke Nordkorea, das sowohl im Norden als auch Süden starken Rückhalt hatte, geriet nun in den Koreakrieg. Doch auch hier hat

die UN mit den Amerikanern an der Front wieder als fremde Nation gegen den Willen der Menschen agiert. Aus Sicht der Amerikaner, um den Kommunismus zu stoppen, ohne Interesse am Willen des koreanischen Volkes. Was im Westen verschwiegen wird, aber in Nordkorea jeder weiß: Hierbei wurden, wie später im Vietnamkrieg, chemische Waffen und Napalm eingesetzt, die bis heute zu Fehlgeburten führen. Es war also ein blutiger Krieg auf Kosten der einfachen Bevölkerung.

Gegenwart und Zukunft

Bis heute wird die DVRK international unter Druck gesetzt und sanktioniert. Nordkorea verteidigt weiterhin die eigene Unabhängigkeit und strebt langfristig eine Wiedervereinigung mit Südkorea an - als unabhängiger, friedlicher Staat ohne fremde Einflüsse. Die Armee dient dem Schutz vor äußerer, imperialistischer Aggression. Die Regierung ist gesprächsbereit und offen für Verhandlungen unter Berücksichtigung ihrer Interessen. In der Realität geschieht jedoch genau das Gegenteil. Die Forderungen des Westens sind unverhältnismäßig und einseitig. Die internationale Gemeinschaft verhängt Sanktionen, die jeglichen Handel verbieten und damit auch Nahrungsmittel und Medizin für die einfache Bevölkerung. Dann geben sie der Regierung die Schuld am Mangel. Sie fordern das Ende der Raketentests, während wiederum jährlich Militärmanöver an den Grenzen der DVRK stattfinden, sowie südkoreanische Raketentests und Aufrüstungsabkommen mit den USA.

Ohne jemals Beweise vorzulegen wird die Menschenrechtssituation kritisiert. Doch für die DVRK bedeuten Menschenrechte vor allem das Recht und die Freiheit jedes Einzelnen, unabhängig von fremden Einflüssen zu leben und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Jeder hat einen Anspruch auf ein Dach über dem Kopf und niemand ist obdachlos. Öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Ski-Resorts, Hotelgebiete im Osten aber auch der öffentliche Nahverkehr sind praktisch kostenlos. Dazu zählt auch die Stabilität des Landes und ein Leben ohne Angst vor erneutem Chaos durch Besetzung von außen. Die DVRK verfolgt aufmerksam wie Libyen, Syrien, Afghanistan oder viele afrikanischen Staaten im Chaos versanken, wenn sie sich nicht verteidigen konnten oder sich dem Westen zu sehr öffneten.

Deshalb wird es erst Veränderungen geben, wenn die DVRK international respektiert und nicht als Spielball für internationale Politik missbraucht wird. Nordkorea will Sicherheitsgarantien und Verhandlungen auf Augenhöhe.



Pjöngjang: Ein Schwätzchen im Park
Foto: (stephan) / flickr.com / CC BY-SA 2.0

Die Perspektive der Demokratischen Volksrepublik Korea

Immer wieder sehen wir in den westlichen Medien Raketenstarts in Nordkorea (DVRK). Die Antwort darauf braucht nicht lang – es werden weitere Sanktionen gefordert, Verhandlungen werden beendet und in den Medien wird sehr negativ über die Lage in der DVRK berichtet. Außen vor bleibt dabei eine objektive, faktenbasierte Sicht. Wir erfahren vor allem auch nicht, warum die DVRK dies tut. Dazu nun ein Einblick.

Seit dem Ende der Sowjetunion wird der militärische und wirtschaftliche Druck durch den Westen erhöht, um die DVRK zu destabilisieren und das System zu ändern – ohne Rücksicht auf die Traditionen, die Geschichte des Landes oder den tatsächlichen Willen der Bevölkerung. In den 1990er Jahren führte dies zum sogenannten „Schweren Marsch“; bei dem viele hundert tausende Menschen Hunger gelitten haben. Jedoch hat die Nation es aus dieser Krise durch Infrastrukturprojekte, massive Investitionen und großen freiwilligen Einsatz der Bevölkerung geschafft. Aus dieser Krise folgt ein starker wirtschaftlicher Aufschwung, der unter Kim Jong Un bis heute nochmal deutlich an Fahrt aufgenommen hat.



Neben Kraftwerken, der Lebensmittelindustrie und dem Maschinenbau wurden Parks, Schwimmbäder, Hotel-, Ski- und großflächig moderne Wohnanlagen errichtet – komplett unabhängig vom Ausland. Heute ist die Nation aus eigener Stärke herangewachsen und kann sich zusätzlich militärisch auf Augenhöhe mit dem Westen messen.

Unerwartet konnte trotz Krise der 1990er Jahre das Land nicht destabilisiert werden. Um dem Aufstreben der Nation entgegenzutreten wurden deshalb seit 2006 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wirtschaftliche Sanktionen verhängt – offiziell aufgrund der „Atomtests und Menschenrechtslage“. Diese beinhalten ein Aus- und Einfuhrverbot von fast sämtlichen Grundrohstoffen wie Kraftstoffen, Lebensmitteln, (seltene) Erden und Steine, Holzwaren, Luxuswaren, Rohöl aber auch Maschinen und elektrische Ausrüstung, die zum Beispiel in der Landwirtschaft benötigt wird. In westlichen Medien werden dabei Bilder gezeigt, wie Ochsen auf dem Feld oder Menschen mit Körperkraft arbeiten. Dass die Sanktionen ein Grund für den Mangel an Maschinen und folglich auch Nahrungsmitteln oder Medizinprodukten sein könnten, wird nicht erwähnt. Trotz allem schafft es die Regierung, im Land Maschinen aus eigener Kraft herzustellen und zu verwenden.

Militärisch finden auf Druck der USA jährlich seit 1997 im Frühjahr mit den südkoreanischen Streitkräften die „Foal Eagle“ Militärübungen statt. Diese gelten als eine der größten Militärübungen der Welt. 2013 trainierten 200.000 Truppen an der Grenze zur DVRK. Die USA verkaufen zusätzlich seit Jahrzehnten massiv Rüstungsmaterial an Südkorea. Immer wieder werden diese Verträge trotz Friedensverhandlungen und Sicherheitsgarantien erneuert und erweitert. Gleichzeitig werden regelmäßig aus dem Süden Botschaften über Luft- oder Seewege geschickt, Lautsprechertürme mit Durchsagen aufgestellt und immer wieder einzelne Provokationen durchgeführt. Nur ist dies aus westlicher Perspektive alles keine Aggression, sondern eine Verteidigungsmaßnahme. Sobald hingegen die DVRK Militärübungen durchführt oder Raketenstarts, wird dies als eine Aggression dargestellt. Am 19. Oktober 2021 hat Südkorea eine Weltraumrakete gestartet, kurz darauf als Reaktion die DVRK. Im UN-Sicherheitsrat forderten die USA daraufhin weitere Sanktionen gegen die DVRK ohne Südkoreas Aktion zu erwähnen. Die DVRK handelt dabei in fast jedem Fall als Reaktion auf eine Aktion des Wes-

tens oder Südkoreas. Kein Raketentest erfolgte je grundlos.

Entsprechend ist es auch bei der Diplomatie. Sobald der Westen ein Gespräch auf Augenhöhe beginnt und respektvoll agiert, nimmt die DVRK dies sofort an. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat die militärischen Übungen und Provokationen in seiner Amtszeit ausgesetzt. Daraufhin kam das berühmte Treffen mit Kim Jong Un zustande. Es gab Fortschritte. Das zeigt: Die DVRK ist offen für Verhandlungen, sobald mit Respekt und auf Augenhöhe gesprochen wird. In der Praxis erhält die DVRK jedoch keine Sicherheitsgarantien sondern stattdessen Forderungen von oben herab, die realitätsfern sind.

Letztendlich ist Frieden nur möglich, wenn respektvoll miteinander umgegangen wird und die Interessen aller Seiten berücksichtigt werden.

Christian Wagner



Schulkinder auf dem Land
Foto: www.j-pics.info / flickr.com / CC BY-NC-SA 2.0



Heideruh

Programm Juni bis September

Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.
Ahornweg 45
21244 Buchholz in der Nordheide
Telefon: Telefon (04181) 8726
Telefax: Telefax (04181) 281142
E-Mail: E-Mail info@heideruh.de

| | | |
|-----------------|-----------|---|
| 12.06. | 15.00 Uhr | Kaffeeklatsch in Berlin – der letzte |
| 19.06. | 09.00 Uhr | Ausflug zur Gedenkstätte JVA Wolfenbüttel Veranstaltung zu Richard und Bea Trampenau |
| 21.06. | 19.00 Uhr | Bildung gegen Rechts: Veranstaltungstitel folgt |
| 26.06. | 15.00 Uhr | Dankeschön-Fest für neue und alte Ehrenamtliche |
| 30.06. | 19.00 Uhr | Der Rosa-Luxemburg-Club Buchholz in Heideruh |
| 01.-03.07. | | Das feministische Jugendcamp |
| 06. – 10.07. | | Lesbentreffen in Heideruh |
| 11. – 14.07. | | Rhetorik-Seminar für Frauen |
| 14.-18.07. | | Jugendbauwoche – Jugendschuppen |
| 18. – 25.07. | | Eine tolle Urlaubswoche |
| 19. – 22.07. | | Verschönerungs-, Aufbau- und Schnippeltage |
| 23.07. | 14.00 Uhr | Sommerfest mit Achim Bigus |
| 24.07. | 10.00 Uhr | Zukunftswerkstatt Heideruh |
| 25.07. – 08.08. | | SCI-Workcamp |
| 02.08. | 19.00 Uhr | Bildung gegen Rechts: <i>Veranstaltungstitel folgt</i> |
| 10. – 14.08. | | 12. Antifaschistisches Jugendcamp |
| 15. – 19.08. | | GBM-Reise nach Heideruh |
| 21. – 25.08. | | Kurzurlaub „Heideblüte“ |
| 26. – 28.08. | | UZ-Pressefest in Berlin |
| 06.09. | 19.00 Uhr | Bildung gegen Rechts: <i>Veranstaltungstitel folgt</i> |
| 09.09. – 11.09. | | Heideruh beim Stadtfest Buchholz |
| 21.09. | 19.00 Uhr | Heideruh-Talk |
| 25.09. | 11.00 Uhr | Aktivtag |
| 04.10. | 19.00 Uhr | Bildung gegen Rechts: <i>Veranstaltungstitel folgt</i> |



Rundbrief

Herausgeber: Deutscher Freidenker-Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Antonie Brinkmann (V.i.S.d.P.)

Gneisenaustraße 107, 28215 Bremen

Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der jeweilige Autor verantwortlich

Konto für Beiträge und Spenden: DFV-Landesverband Nord e.V.

IBAN: DE54 2001 0020 0108 3592 07, BIC PBNKDEFF,

Postbank Hamburg

Layout: Tom Brenner / CommPress Verlag GmbH, Essen

Der DFV im Internet: www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

Der Bezug des Rundbriefs ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro.

Für Nichtmitglieder kann der Rundbrief in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Hinweise auf Kontakte von befreundeten Organisationen

Stadtteiltreff AGDAZ

Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e.V., Gropiusring 43a, 22309 Hamburg, Tel. 040/6301028
info@agdaz.de und www.agdaz.de

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg, Tel. 040/7245545

VVN/BdA Hamburg

Infos zu Veranstaltungen aller Art unter Tel. 040 314254

VVN/BdA Kiel

Infos zum Programm über vvn-bda-kiel@gmx.de

VVN/BdA Bremen

Tel. 0421 382914

Arbeitskreis Dialektischer Materialismus (akdiamat.de)

unsereweltclub@gmail.com, Postfach 730510,

22125 Hamburg, E-Mail: unsereweltclub@gmail.com

Wohn- und Ferienheim „Heideruh e.V.

Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.Nordheide, OT Seppensen
Tel. 04181 8726, Mail: info@heideruh.de
Mehr Infos unter www.heideruh.de

Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e.V.

Ernst-Thälmann-Platz/Tarpenbekstr. 66, 20251 Hamburg-Eppendorf
Tel. 040 474184, www.thaelmann-gedenkstaette.de

Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V.

Ratsmühlendamm 24, 22335 Hamburg
E-Mail: willi-bredel-gesellschaft@t-online.de

Da coronabedingt keine oder sehr eingeschränkt öffentliche Veranstaltungen stattfinden, entfallen Veranstaltungshinweise.

Hinweise auf Kontakte und Veranstaltungen von befreundeten Organisationen im Jahr bitte direkt bei den Organisationen anfragen. Aufgrund der Corona-Pandemie ist alles offen.